

Finanzbullen und ihre Bändigung

Rudolf Hickel

Endlich in die öffentliche Kritik geraten sind die gigantischen Finanzfonds vor allem aus den USA. Sie versuchen die überschüssige Liquidität, die bei Pensionsfonds und reichen Familien lagert, unter Maximierung der Gewinne auf das eingesetzte Kapital weltweit zu platzieren. In ihrem Visier sind Unternehmen, mit deren Kauf meistens das Ziel verbunden wird, durch das Herausbrechen rentabler Stücke in kürzester Frist Renditen von weit über 25 % zu erreichen. Auf dieses Geschäft, private Unternehmen zu erwerben, konzentrieren sich die „Private Equity Fonds“. In den meisten Fällen geht es um die Filetierung der nicht börsennotierten Unternehmenskomplexe. Profitable Teile werden dann zu einem gegenüber dem Kaufpreis erheblich höheren Verkaufspreis veräußert. Unter dem Ziel der kurzfristigen Maximierung von Kapitalrenditen operieren daneben auch die extrem aggressiven „Hedgefonds“. Deren Geschäfte basieren auf der allerdings sehr risikoreichen Spekulation in Richtung Verfall der Börsenkurse von Aktiengesellschaften. Unternehmen werden zur Ausschachtung der profitablen Teile spekulativ entwertet.

Die Liste der Beispiele für die Versuche der Fonds, die Substanz von Unternehmen, die durch Restrukturierung stabilisiert werden könnten, auszuschachten, ist lang. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young schätzt allein das in Deutschland eingesetzte Spekulationskapital auf mehr als 23 Mrd. € in insgesamt 85 Unternehmen. Neuerdings konzentrieren sich spezielle „Real Estate Investment Trusts (Reits)“, die eine Kombination aus unternehmerisch tätigen, börsennotierten Immobilien AGs und Immobilienfonds darstellen, auf die Ausschachtung großer Wohnungsgesellschaften in Deutschland. Derzeit wird erheblicher Druck auf die Bundesregierung ausgeübt, die noch existierenden steuerlichen Hindernisse abzubauen (etwa Versteuerung der beim Verkauf gehobenen stillen Reserven). Dabei locken die Finanzfonds mit einem gegenüber dem üblichen Marktwert vergleichsweise hohen Kaufpreis.

Diese anonymen Private Equity- und Hedgefonds kennzeichnen eine neue Stufe des Kapitalismus. Sie wirken wie ein Turbo an der Kapitalismusmaschine. Die milliarden schweren Fonds lenken vagabundierendes Spekulationskapital mit schwerwiegenden Folgen in die wertschöpfenden Unternehmen. Die Zahl dieser Finanzfonds zeigt: Das an sich eindrucksvolle Bild Münzfeinschlags trifft mit dem alttestamentarischen Bild von den über Deutschland hereingefallenen Heuschrecken nicht die Turbowirkung. Als Verwertungsgagenten treten nur wenige, abzählbare, jedoch riesige Finanzfonds auf. Sie gleichen nicht Heuschrecken, sondern Finanzbullen.

Die Aktivitäten dieser Finanzbullen verletzen das Regelwerk der Wettbewerbswirtschaft: Sie verändern grundlegend die Marktwirtschaft in Richtung wachsender Konzentration. Durch die neoliberal gepriesene totale Öffnung der Märkte werden den Finanzgiganten Tür und Tor geöffnet. Einerseits wird die mittelständische Wirtschaft, deren Zugang zu Krediten ohnehin schon erschwert ist, durch diese Oligopolisierung der Finanzierungsressourcen schwer belastet. Und sie beschleunigen andererseits die Arbeitslosigkeit: Also, nicht auf

den Arbeitsmärkten wird durch Lohnsenkungen und Flexibilität über Höhe und Struktur der Beschäftigung entschieden. Entscheidend ist die machtspezifisch differenzierte Hierarchie der Märkte. Unternehmen entscheiden im Vergleich der Renditen auf den Güter- und Finanzmärkten über Investitionen und damit auch Arbeitsplätze.

Wie kann das Treiben dieser Finanzbullen verhindert, zumindest gebändigt werden? Eine mutig regulierende Politik muss dafür sorgen, dass einerseits internationales Kapital in Deutschland genutzt werden kann, andererseits jedoch die auf Zerschlagung setzende, kurzfristige Profitlogik durchbrochen wird. Es gilt, zwischen den „Rettern“ und den „Raubrittern“ zu unterscheiden. Die EU kann und muss die Beschränkung exzessiver Kapitalmacht durch gemeinschaftliche Regulierungen unterbinden. Aber auch die deutsche Politik kann handeln:

- Derzeit fördert die steuerliche Befreiung der Gewinne aus der Veräußerung inländischer Kapitalbeteiligungen das „Buy out“ an die Finanzgiganten. Diese Steuersubvention muss abgeschafft werden.
- Bei der Einführung der Real Estate Investment Trusts (Reits) für Immobiliengesellschaften auf der Basis von Fonds werden keine Steuervorteile eingeräumt.
- Hedgefonds, die mit dem jüngsten Finanzmarktförderungsgesetz überhaupt erst legalisiert worden sind, müssen unter scharfe Regeln gestellt werden, deren Kontrolle durch das „Bundesaufsichtsamt für Finanzdienstleistungen“ gesichert werden sollte. Denn ihr Absturzrisiko ist groß.
- Steuerlich sollte das kurzfristige Halten von Unternehmensbeteiligungen diskriminiert und der längerfristige Einsatz bevorteilt werden.
- Die Bezahlung des Managements muss von der Kursentwicklung bzw. kurzfristiger Renditeentwicklung entkoppelt werden.
- Die Veröffentlichung aller Komponenten der Vorstandsgehälter der dem „Corporate Governance-Codex“ unterliegenden Kapitalgesellschaften ist sicherzustellen.

Politische Regulierungen in Deutschland und auf internationaler Ebene reichen nicht aus. Erforderlich ist zudem der Ausbau der demokratischen Mitbestimmung in den Unternehmen. Wie das Beispiel der verhinderten Ausschachtung der TUI AG durch Hedgefonds zeigt, stärkt die Mitbestimmung in den Unternehmen die Chance für Gegenstrategien zum Erhalt des Unternehmens und der Arbeitsplätze. Die jüngste Etappe dieses turbohaften Finanzbullenkapitalismus erfordert logischerweise das Engagement für eine gestaltende Politik sowie den Ausbau der Mitbestimmung auf der Ebene der Unternehmen.

Dr. Rudolf Hickel, Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Universität Bremen; Direktor des „Instituts Arbeit und Wirtschaft“ (IAW).
e-mail: hickel@uni-bremen.de